

**Tagesordnungspunkt 4: Zweite und dritte Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Sechzehnten Gesetzes zur Änderung des Wehrsoldgesetzes (16. WSGÄndG) (Drucksachen 16/8188, 16/8470) 13. März 2008**

15858

Deutscher Bundestag – 16. Wahlperiode – 151. Sitzung, Berlin, Donnerstag, den 13. März 2008

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner

- (A) Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Bundesminister der Verteidigung, Dr. Franz Josef Jung.

**Dr. Franz Josef Jung**, Bundesminister der Verteidigung:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit dem Gesetzentwurf der Bundesregierung soll der Wehrsold rückwirkend zum 1. Januar dieses Jahres um 2 Euro pro Tag erhöht werden. Die letzte Erhöhung des Wehrsoldes erfolgte vor neun Jahren, und zwar um 1 DM pro Tag. Die Wehrpflichtigen leisten einen wichtigen Dienst für die Sicherheit unseres Landes, aber auch für die Gewährleistung von Sicherheit, beispielsweise bei der Unterstützung der Auslandseinsätze. Ich denke deshalb, dass sie eine Erhöhung verdient haben.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will Folgendes unterstreichen: Wenn man den Durchschnitt betrachtet, dann stellt man fest, dass die Wehrpflichtigen rund 250 Euro pro Monat erhalten. Das ist noch nicht einmal ein 400-Euro-Job.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, deshalb war es auch unter dem Aspekt der **Attraktivität des Wehrdienstes** geboten, dass wir damals entschieden haben, dass die Wehrpflichtigen sowohl das Weihnachtsgeld als auch das Entlassungsgeld weiterhin erhalten, dass wir jetzt aber auch bereit sind, den Wehrsold um 2 Euro pro Tag zu erhöhen. Dies entspricht aus meiner Sicht der Ableistung der Dienstpflicht und damit auch einer angemessenen finanziellen Ausstattung. Daher bitte ich Sie um Ihre Unterstützung für die Erhöhung des Wehrsoldes.

(B)

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wir brauchen die Wehrpflichtigen der Bundeswehr. Wir brauchen sie für die Unterstützung unserer Aufgaben und unseres Einsatzes für den Frieden. Wir brauchen sie aber auch zum Schutz Deutschlands, auch und gerade im Bereich der zivil-militärischen Zusammenarbeit. Ich denke beispielsweise an die Bewältigung der Hochwasserkatastrophe und an andere Ereignisse. Hier haben die Wehrpflichtigen einen wichtigen Beitrag geleistet. Sie gewährleisten die Sicherheit Deutschlands. Deshalb, denke ich, ist es richtig, an der allgemeinen Wehrpflicht festzuhalten.

Die Wehrpflicht gewährleistet die Verbindung zur Gesellschaft. Sie verkörpert die Armee in der Demokratie. Als die Wehrpflicht eingeführt wurde, hat der damalige Bundespräsident Heuss formuliert:

Die ... Wehrpflicht ist das legitime Kind der Demokratie. Es geht um den Dienst des freien Bürgers für die Gemeinschaft der freien Bürger.

Die Wehrpflicht hat sich für die Bundeswehr innerhalb ihrer 50-jährigen Tradition bewährt. Deshalb denke ich, dass es richtig ist, wenn wir in Zukunft an der Wehrpflicht festhalten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Winfried Nachtwei [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Beifall aus den hinteren Rängen!) (C)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, zum Bild der Bundeswehr vom Staatsbürger in Uniform und zum Thema der inneren **Struktur- und Personalanpassung**. Herr Kollege Nachtwei, auch Sie wissen: Wir haben rund 60 000 Wehrpflichtige im Jahr. Davon verpflichten sich 25 000 freiwillig weiter. Ich denke, das ist eine wichtige Frage der Strukturentwicklung der Bundeswehr. Die Sicherheit unseres Landes wird im Wesentlichen durch unsere Gesamtkonzeption mit jetzt rund 250 000 Soldatinnen und Soldaten gewährleistet. Darunter sind 60 000 Wehrpflichtige. Ich füge hinzu: Wir haben durch meine Entscheidung, jährlich 6 500 mehr Wehrpflichtige einzuberufen, gewährleistet, dass wir jetzt 79,1 Prozent derjenigen, die tauglich sind, für den Wehrdienst einberufen. Das hat auch etwas mit Wehrerechtigkeit zu tun. Deshalb halte ich diesen Weg für richtig.

(Beifall bei der CDU/CSU – Winfried Nachtwei [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wie viele werden zurzeit als untauglich gemustert?)

Kollege Nachtwei, ich denke, die Attraktivität des Dienstes verlangt eine angemessene finanzielle Ausstattung. Deshalb bitte ich Sie hier im Deutschen Bundestag, der Erhöhung des Wehrsoldes um 2 Euro pro Tag zuzustimmen. Das ist im Interesse der Gewährleistung der Dienstpflicht richtig. Es ist auch richtig im Interesse der Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger. Damit ist dies auch im Interesse der Bundeswehr. Ich bitte Sie um Ihre Zustimmung zu dieser Wehrsolderhöhung. (D)

Besten Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP)

**Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:**

Ich gebe das Wort der Kollegin Birgit Homburger, FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

**Birgit Homburger (FDP):**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Als ich mich auf diese Debatte vorbereitet habe, habe ich überlegt, was man für 2 Euro bekommt. Für 2 Euro bekommen Sie ein Päckchen Butter, ein Glas Marmelade, 500 Gramm Nudeln, eine Packung Wunderkerzen oder ein USB-Kabel für den PC. Ich zähle dies auf, um zu sagen: 2 Euro sind nicht gerade üppig. Dessen sollten wir uns bewusst sein, wenn wir heute die Erhöhung des Wehrsoldtagessatzes um 2 Euro beschließen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Herr Minister hat es angesprochen: Hinzu kommt, dass diese Erhöhung längst überfällig ist. Die letzte Erhöhung um 1 DM erfolgte zum 1. Januar 1999. Seither hat ein Grenadier einen Tagessold von 7,41 Euro. Ich glaube, das ist wirklich nicht angemessen.